

## 1 **Feuer und Flamme für das Ehrenamt. Engagement fördern. Zukunftsfähigkeit erhalten**

2 Antragsteller: Kommission Innen und Recht

3 Die rund 1.300 Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein sind mit ihren über 48.000  
4 Feuerwehrleuten ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sowohl im  
5 ländlichen Raum als auch in städtischen Ballungsgebieten. Die Junge Union Schleswig-  
6 Holstein erkennt an, dass die Feuerwehr neben ihrer gesetzlichen Verpflichtung des  
7 Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung auch ein großer Bestandteil des  
8 kulturellen und gesellschaftlichen Lebens ist, insbesondere im ländlichen Raum.

9 Der demographische Wandel stellt auch die Wehren vor große Herausforderungen. Hinzu  
10 kommen die Aussetzung der Wehrpflicht und der damit verbundene Wegfall des  
11 Wehersatzdienstes sowie die sinkende Tagesverfügbarkeit der ehrenamtlichen  
12 Einsatzkräfte.

13 Die Feuerwehren in Schleswig-Holstein arbeiten jährlich ca. 40.000 Einsätze ab. Allerdings  
14 rufen immer mehr Menschen die Feuerwehr bei Bagatellfällen an. Sie verlassen sich auf die  
15 Hilfe der ehrenamtlich Tätigen ohne vorher selbstständiges Handeln in Erwägung zu  
16 ziehen. Dem stetig steigenden Einsatzaufkommen der Feuerwehren muss durch eine  
17 Sensibilisierung der Bevölkerung entgegengewirkt werden.

18 Die Feuerwehren in Schleswig-Holstein müssen weiterhin zukunftsfähig aufgestellt sein,  
19 um ihre Aufgaben zuverlässig ausführen zu können. Dies betrifft Personal und Material.

20 Zur Sicherung der personellen Mindeststärke begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein  
21 u.a. die Möglichkeit der Einrichtung einer Kinderfeuerwehr als Abteilung in der  
22 Freiwilligen Feuerwehr zur Nachwuchsförderung im aktuellen Brandschutzgesetz. Des  
23 Weiteren muss die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft an Wohn- und Arbeitsort  
24 verstärkt unterstützt werden. Die Politik muss weiterhin Unternehmen auszeichnen, die  
25 ihren Mitarbeitern eine uneingeschränkte Teilnahme an Feuerwehreinsätzen ermöglichen.

26 Die Landesregierung soll finanzielle Anreize schaffen, dass sich die von den Kommunen  
27 angeschafften Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände an den aktuellen Anforderungen  
28 des Katastrophenschutzes orientieren. Ein wichtiges Beispiel sind geländegängige  
29 Einsatzfahrzeuge. Hierdurch kann der Wegfall der Bundeswehr in der Fläche kompensiert  
30 werden.

31 Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für eine stärkere Koordinierung bei  
32 Beschaffung und Nutzung des Materials unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus.  
33 Hierdurch soll die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Wehren optimiert werden und  
34 sich am tatsächlichen Bedarf orientieren.

35 Die Junge Union Schleswig-Holstein zeigt Verständnis für den erheblichen Unmut der  
36 Feuerwehren über den von den regierenden Fraktionen eingebrachten Gesetzesentwurf.  
37 Dieser qualifiziert die bisher von den Feuerwehren eigenverantwortlich geführten  
38 Kameradschaftskassen als Sondervermögen der Gemeinden und unterwirft sie den  
39 entsprechenden haushaltsrechtlichen Vorschriften. Es war daher richtig, den  
40 Änderungsantrag, der ohne hinreichende Absprache mit den Feuerwehren im  
41 Schnelldurchgang verabschiedet werden sollte, zurückzuziehen. Dennoch hält die Junge  
42 Union Schleswig-Holstein eine transparente und rechtliche Regelung zur Einordnung der  
43 Kameradschaftskassen für unverzichtbar. Eine neue Regelung hat eine transparente, aber  
44 gleichwohl eigenverantwortliche Verwaltung der Kassen sicherzustellen, muss andererseits  
45 aber auch eine missbräuchliche Verwendung der Gelder verhindern. Ein Zugriff der  
46 Kommunen auf die Kameradschaftskassen muss ausgeschlossen sein. Die rechtliche  
47 Stellung der Kameradschaftskassen muss in enger Zusammenarbeit mit dem  
48 Landesfeuerwehrverband erarbeitet werden.